

Protokoll des Treffens der AG NPuG am Montag 20.01.2020, 18 Uhr, im BUZO

Anwesende: Volker, Martin, Sibylle, Erhard, Andreas, Ekkehard (Protokoll)

Vorstellungsrunde zur Begrüßung von Andreas

TOP 1 Abschied von Dietrich Schulze

Volker berichtet über die eindrucksvolle und bewegende Gedenkveranstaltung für Dietrich Schulze, der Ende letzten Jahres verstorben ist. Dietrich hat sich als unermüdlicher Kämpfer *für Frieden, Abrüstung, Antifaschismus und Arbeitnehmerrechte, gegen Krieg und Unrecht* im Rahmen von Verdi, VVN-BdA, DfG-VK, DieLinke und vielen anderen Organisationen sowie als langjähriger Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe große Verdienste erworben.

TOP 2 Nachlese Attac-Kongress und "Wir haben es satt"-Aktionstag in Tübingen

Der Attac-Kongress war offensichtlich wieder eine gelungene gut besuchte Veranstaltung. Die Vorträge und die Podiumsdiskussion spiegelten den Gegensatz zwischen den sich verschärfenden Problemlagen national und global einerseits und wachsenden Widerstandsbekundungen und Lösungsansätzen, insbesondere ermutigt und befeuert durch die FFF, andererseits.

Mitgelieferte Hintergrundtexte zum Vortrag von Wolfgang Kessler wird Sibylle scannen und über den Verteiler verschicken.

Zum Aktionstag nach Tübingen sind 5 Karlsruher Attacis gereist, 3 davon aus unserer AG. Souveräner Reiseorganisator war Martin, der außerdem einen Redebeitrag zur Veranstaltung beisteuerte. Die Veranstaltung war wieder gut gelungen und gut besucht, ähnlich wie letztes Jahr (es hätten natürlich gerne ein paar mehr sein dürfen!).

TOP 3 Neues von Klimawandel und Energiewende

Volker referiert wieder über dieses immer aktueller werdende Thema (u.a. den Kohleausstiegsplan der Bundesregierung und den Kompromiss der Kohlekommission). Seine schriftliche Zusammenstellung ist unten angefügt.

In diesem Zusammenhang: Hinweis auf das neue Projekt German Zero (<https://germanzero.de/>), das einen ambitionierten Plan für die Senkung der Nettoemissionen in Deutschland bis 2035 vorsieht. Das Karlsruher Klimabündnis will sich am 21.1. dazu positionieren.

TOP 4 Wie weiter mit dem (bzw. gegen den) Neoliberalismus?

Diskussion zu dieser Fragestellung, auch durch Ausführungen von Andreas angeregt. Klare Sache: Privatisierungen lebenswichtiger Bereiche müssen zurückgenommen werden. Weniger klar: Wie kann die nötige Regulierung der Wirtschaft mit dem Ziel einer sozial-ökologischen Transformation erfolgen? Insbesondere: Wie können die großen Konzerne von der Shareholder-Value-Bindung auf Stakeholder-Value-Entscheidungsprinzip bzw. Gemeinwohl-Orientierung umgepolt werden?

Dazu hier ein interessanter Artikel über Entwicklungen in USA, mit Bezugnahme auf die GWÖ:

<https://www.ecogood.org/de/menu-header/blog/gotterdammerung-der-wirtschaft-alle-wege-fuehren-zur-gwo/>

Kann ebenfalls spannend werden, wenn Ende des Jahres China die Beurteilung (mit Punktesystem) nebst Belohnung/Bestrafung aller in China tätigen Unternehmen starten wird (mit welchen Absichten auch immer): <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-09/social-scoring-sozialkredit-system-china-ueberwachung-unternehmen> . "Der Westen" wird irgendwie reagieren wollen

Und hier noch aus aktuellem Anlass etwas Beschauliches aus dem letzten Jahr:
<https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/das-forum-rettet-davos-die-welt-video-102.html>

TOP 5 Buchempfehlungen

Im Zusammenhang mit dem neuen Aufwind für die Bewegungen durch die FFF:

"Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen"

https://www.buecher.de/shop/umweltpolitik/ihr-habt-keinen-plan-darum-machen-wir-einen/jugendrat-der-generationen-stiftung/products_products/detail/prod_id/57143310/

Und über einen wichtigen Baustein für eine bessere Welt(wirtschaft):

"Gewinn für alle - Wie wir mit Genossenschaften den Kapitalismus überwinden", Konny Gellenbeck (Hrsg.) https://shop.taz.de/product_info.php?products_id=1472

Kann auch gerne bei Ekkehard ausgeliehen werden. Über den normalen Buchhandel gab's vor Kurzem Probleme.

TOP 6 Perspektiven und Pläne für 2020

Neue positive Perspektiven oder konkrete Pläne (für unsere AG) zeichnen sich leider noch nicht ab. Aber wir bleiben dran ...

TERMINE:

Nächstes NPuG-Treffen: Montag 24.2.2020, 18 Uhr, BUZO, Kronenstr. 9

11. Februar 2020 Vortragsveranstaltung mit Karin Leukefeld, im Jubez
Näheres dazu siehe auf <https://www.attac-netzwerk.de/karlsruhe/startseite/> unter Termine

Neues von der Energie-Wende und dem Klimawandel

(Dezember 2019 und Januar 2020)

- 1. Apokalyptische Folgen von zu hohen Klimagas-Emissionen werden für möglich gehalten: Siehe den Sonderbericht „Ozeane und Eis“ des Weltklimarates vom September 2019 (siehe #01).** Bedroht sind in den kommenden Jahrzehnten 1,4 Milliarden Menschen vor allem in den Gebirgen, an flachen Küsten und in kleinen Inselstaaten. Bis 2300 könnten sich sogar Meeresspiegel-Anstiege ergeben von 1-3 Metern je nach Emissionsintensität der Luftschadstoffe.
- 2. Die Kommissionspräsidentin Von der Leyen präsentiert am 11.12. Pläne für einen „Green Deal“ (siehe #18 #18b #20 #21).** Das Ziel dieser Pläne: Von 2050 an sollen keine neuen Treibhausgase aus Europa in die Atmosphäre gelangen, die Erderwärmung soll so – wie in Paris vereinbart – bei 1,5 Grad gestoppt werden.
 - Um dieses Ziel bis zur Mitte des Jahrhunderts zu erreichen, sieht der Plan **Zwischenschritte** vor. Die EU will ihr Klimaziel für 2030 von bislang minus 40 Prozent (CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990) auf minus 50 bis 55 Prozent verschärfen. Um das neue EU-Klimaziel für 2030 zu erfüllen, sollen die Mitgliedstaaten bis 2023 ihre Klimapläne aktualisieren. Das Gesetz dazu will die Kommission bis Juni 2021 erarbeiten.
 - Einführung einer **"Just Transition Strategie"**, mit der besonders betroffene Länder (Osteuropa) bei der Umstellung auf eine emissionsfreie Wirtschaft unterstützt werden.
 - Bis Juni 2020 sollen nach den Wünschen der Kommission **erste Gesetzesinitiativen** vorliegen, die den "Green Deal" zum Leben erwecken. Dazu zählen Pläne für eine höhere Bepreisung von fossilen Energieträgern wie Diesel oder Benzin und neue, schärfere CO₂-Grenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge. Die Kommission will erstmals den Schiffsverkehr in den Emissionshandel einbeziehen. Der Flugverkehr innerhalb der EU soll für den Klimaschutz stärker in die Pflicht genommen werden. Im Rahmen einer Reform der Agrarpolitik sollen ab Frühjahr 2020 neue Ziele für chemische Pestizide, den Düngemittelleinsatz und die ökologische Landwirtschaft beschlossen werden.
 - Die große Frage ist bei all dem: **ziehen die Mitgliedstaaten mit** (insbesondere die osteuropäischen Länder) und stimmt das Europäische Parlament zu. Auch aus Kreisen der Wirtschaft wurde Widerspruch laut. Doch immerhin steht in dem Kommuniqué des EU-Gipfels vom 13.12. der historische Satz: Der Europäische Rat unterstütze "das Ziel, bis 2050 im Einklang mit den Zielen des Übereinkommens von Paris eine klimaneutrale Union zu erreichen".
 - Im Januar 2020 wurden übrigens **erste Finanzierungspläne** bekannt – der finanzielle Aufwand für den Green Deal wurde ja mit 1 Billion Euro beziffert. Demnach soll es Umwidmungen im EU-Haushalt geben und vor allem die EU-Mitgliedsstaaten sollen

zur Kasse gebeten werden. Die Bundesregierung mauert allerdings diesbezüglich schon jetzt (siehe #51).

3. Der UN-Klimagipfel von Madrid (zweite Dezemberwoche) ist nach Meinung vieler

Beobachter in wesentlichen Punkten katastrophal gescheitert (siehe #23 #22 #25). Die Agenda von Madrid war: Die Staatenwelt wollte erstens Regeln dafür festlegen, wie der internationale Handel mit Klimaschutz(-Zertifikaten) funktionieren soll. Und zweitens sollte geprüft werden, ob man nachbessern muss beim Umgang mit Schäden und Verlusten, die infolge des Klimawandels anfallen. Diese Verhandlungen wurden von einigen Ländern massiv blockiert – mit teils absurden Forderungen.

- So will **Brasilien** die Treibhausgasreduktion aus manchen Klimaschutzprojekten an andere Länder verkaufen, die sich den Erfolg dann anrechnen dürften. Gleichzeitig möchte das lateinamerikanische Land sich den Erfolg aber auch selbst anrechnen. Das würde auf dem Papier doppelt so viel Klimaschutz suggerieren, wie tatsächlich stattgefunden hat. Im Grunde sind alle anderen Länder dagegen. Ignorieren können sie den Vorschlag trotzdem nicht, weil Beschlüsse auf Klimagipfeln einstimmig fallen müssen.
- Und dann ist da noch die Sache mit den Alt-Zertifikaten: Schon unter dem Vorgänger des Paris- Abkommens, dem Kyoto-Protokoll, war der zwischenstaatliche Handel mit Klimaschutz möglich. Von daher sind noch Zertifikate über eingesparte Tonnen CO₂ zu Ramschpreisen übrig, die kaum für neuen Klimaschutz sorgen würden. Brasilien hat große Mengen der spottbilligen Zertifikate gehortet und will sie in den neuen Handel überführen.
- Hinzu kommt, dass von einem gesunden Klima, falls ein solches denn erhalten werden kann, niemand ausgeschlossen werden kann. Auch nicht die Staaten, die zu wenig beigetragen haben. Um solche Trittbrettfahrer zumindest sichtbar zu machen, wollen die EU und etliche Staaten wie die Schweiz oder Norwegen an entscheidender Stelle für Transparenz sorgen. Dafür wollten die Staaten sich in Madrid eigentlich auf ein Format für Tabellen einigen, in die die Staaten ihre Emissionen eintragen sollten, unterteilt nach Wirtschaftssektoren und nach Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan oder Lachgas). Klingt simpel. Nur: **China** will diese Art von Transparenz nicht bieten und blockierte das gesamte Projekt. Eventuell wird auf späteren Konferenzen weiterverhandelt. Fürs Erste sind die Tabellen aber wohl vom Tisch.
- **Die Entwicklungsländer** leiden aufgrund ihrer geografischen Lage besonders unter den Folgen des Klimawandels. Und es fehlt ihnen das Geld für den Wiederaufbau nach Katastrophen. Die armen Länder fordern deshalb Geld von den reichen Ländern, und zwar zusätzlich zu sonstigen Zahlungen. Die meisten Industrieländer halten in diesen Fragen die Füße still, so gut es geht.

Eine vermeintlich technische Frage hielt nun in Madrid das Prozedere auf: Unter welchem "Dach" wird künftig darüber verhandelt? Unter dem Paris-Abkommen oder unter der Klimarahmenkonvention von 1992? Im Gegensatz zum Pariser Abkommen wollen die **USA** aus der Klimarahmenkonvention nicht austreten. Eigentlich war ihr Standpunkt deshalb, dass die Verhandlungen ausschließlich im Rahmen des Paris-Abkommens stattfinden sollen. Beobachter der Verhandlungen berichteten nun aber empört von inoffiziellen Gesprächen, in denen die USA doch dafür eintraten, dass

Verhandlungen auch innerhalb der Klimarahmenkonvention weitergehen sollen: Dann hätten sie Kontrolle über die Sache behalten, obwohl sie sich am aktuellen Klimaabkommen gar nicht mehr beteiligen.

- Der „größte Erfolg“ von Madrid ist übrigens, dass der Inhalt des Paris-Abkommens – gegen vielfältigen Widerstand – bestätigt wurde. Das relevante Abschlussdokument "erinnert" daran, dass die Länder regelmäßig neue Klimapläne beim UN-Klimasekretariat einreichen sollen, "ermahnt" die Länder dies zu tun, falls sie das noch nicht getan haben, und "wiederholt", dass die Klima-Pläne verständlich sein sollen. Weitere Einigungsversuche wurden in Madrid auf die COP 26 in Glasgow verschoben.

4. Bund und Länder haben im Dezember das im November beschlossene Klimapaket¹ neu verhandelt und nachgebessert (siehe #30 und #31). Ihr Ziel: Den CO₂-Ausstoß in Deutschland zu verringern, ohne die Wirtschaft abzuwürgen. Die Neufassung soll umweltbewusstes Verhalten belohnen, trotzdem soll kein Verbraucher ernsthaft um seinen Lebensstandard oder seine Freiheiten fürchten müssen.

- Wen also belastet das überarbeitete Klimapaket? Und wer spart? Die Grundlage: Der zentrale Hebel, um klimafreundlicheres Verhalten zu fördern, ist **der CO₂-Preis**. Im Vergleich zum ersten Klimakompromiss hat die GroKo diesen nun moderat angehoben. Zum 1. Januar 2021 soll die Tonne Kohlendioxid nun 25 Euro kosten, nicht mehr nur zehn Euro, wie ursprünglich geplant. 2022 steigt der CO₂-Preis auf 30 Euro, 2023 auf 35 Euro, 2024 auf 45 Euro, 2025 auf 55 Euro. Ab 2026 soll der Preis schließlich durch eine Auktion in einem Korridor zwischen 55 und 65 Euro je Tonne bestimmt werden.
- Vor allem in drei Sektoren sind die Folgen dieser Anhebungen deutlich spürbar: bei der Mobilität, beim Heizen und beim Stromverbrauch. **Mobilität:** Benzin- und Dieselpreise werden durch das Klimapaket deutlich steigen. Als Faustregel gilt, dass der Liter Sprit bei einem CO₂-Preis von fünf Euro rund 1,5 Cent teurer würde – und dass sich dieser Trend in Fünferschritten fortsetzt. Im Jahr 2021 würde Treibstoff also rund 7,5 Cent teurer. Der Fahrer eines Durchschnittsdiesels mit einem Verbrauch von 4,6 Litern auf 100 Kilometern und einem Jahrespensum von 15.000 Kilometern würde laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rund 54 Euro draufzahlen. In den kommenden Jahren, wenn der CO₂-Preis weiter steigt, würde Sprit noch einmal deutlich teurer. Beim derzeit geplanten Maximalpreis von 65 Euro pro Tonne CO₂ wären es 19,5 Cent pro Liter – oder jährlich rund 135 Euro mehr. Wer viel **Auto** fährt, vor allem von Berufs wegen, wird allerdings von der Regierung auch wieder entlastet: Die Pendlerpauschale steigt ab Entfernungen von 21 Kilometern deutlich an, ab 2021 zunächst um fünf Cent je Kilometer und ab 2024 noch einmal um drei Cent auf dann 38 Cent pro Kilometer.
- Wer auf die **Bahn** umsteigt, kommt ebenfalls günstiger weg. Die Mehrwertsteuer für Bahntickets wird 2020 von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Zugfahren soll dadurch gut zehn Prozent günstiger werden. Das CO₂-intensive **Fliegen** indes soll künftig mehr kosten: Ab Frühjahr 2020 will die Regierung die Luftverkehrsabgabe erhöhen. Details dazu stehen aber noch nicht final fest. **Pkw-Käufer** sollen ebenfalls zum Erwerb klimafreundlicherer Modelle motiviert werden. Fahrzeuge mit hohen Emissionen

¹ Siehe meinen Bericht zur Energie-Klima-Wende vom November 2019!

sollen ab 2021 mehr Kfz-Steuer zahlen, Details stehen auch hier noch nicht fest. Für E-Autos unter 40.000 Euro allerdings steigt ab 2021 die Kaufprämie.

- Auch beim **Heizen** spielt der höhere CO₂-Preis in vielen Haushalten eine Rolle - vor allem dort, wo mit Öl oder mit Gas geheizt wird. Nach Berechnungen des Vergleichsportals Verivox dürfte der Verbrauch von 5000 Kilowattstunden Gas bei einem CO₂-Preis von 25 Euro etwa 30 Euro mehr kosten. Der Verbrauch von 500 Litern Heizöl dürfte mit 40 Euro zu Buche schlagen. Ein Singlehaushalt mit durchschnittlichem Verbrauch muss sich ab 2021 ungefähr auf dieses Preisplus einstellen. Ein Paar würde gut 72 Euro mehr für Gas und rund 95 Euro mehr für Heizöl zahlen. Eine Familie käme gar auf 120 Euro Mehrkosten für Gas und 158 Euro für Heizöl. Verbraucher, die ihre Mehrkosten im Wärmesektor drücken wollen, können ab 2020 in steuerlich geförderte Sanierungsmaßnahmen investieren. Beim Austausch einer alten Ölheizung erstattet der Staat 40 Prozent der Kosten.
- Im **Stromsektor** sollen Verbraucher vor allem entlastet werden. Die sogenannte EEG-Umlage, über die Bürger den Bau neuer Ökostromanlagen unterstützen, soll bis 2023 um rund zwei Cent je Kilowattstunde sinken. Derzeit liegt sie bei etwa 6,4 Cent. Ein durchschnittlicher Singlehaushalt mit 1400 Kilowattstunden Jahresverbrauch würde dadurch ab 2023 um rund 28 Euro entlastet. Ein Paar mit 2500 Kilowattstunden Verbrauch käme auf 50 Euro Ersparnis. Ein Vierpersonenhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 4000 Kilowattstunden würde um 80 Euro entlastet.
- **Fazit:** Das Klimapaket der Bundesregierung lenkt in nicht unbeträchtlichem Maße Kapitalströme um. Wie teuer der eigene Lebensstandard künftig ist, haben die meisten Verbraucher selbst in der Hand. Umweltfreundlicheres Verhalten wird künftig viel stärker belohnt.

5. **Autos mit reinem Batterie-Elektroantrieb sind klimaverträglicher als bislang angenommen. Ihre CO₂-Bilanz fällt besser aus als bei allen anderen Antriebsformen, zeigt eine Studie (siehe #33).**
6. **Die Klimapolitik der Bundesregierung reicht nicht für die eigenen Klimaziele, geschweige denn für die des Paris-Abkommens. Der neu gegründete Verein "German Zero" will das ändern (siehe #36 und #37).** In einem (im Dezember bekannt gewordenen) detaillierten Plan wird dargelegt, wie Deutschland bis 2035 klimaneutral werden könnte. Konkreter: Um die Erwärmung mit einer Zwei-Drittel-Wahrscheinlichkeit auf 1,5 Grad zu begrenzen, betrug das globale CO₂-Budget nach Abschluss des Paris-Abkommens Ende 2015 noch 500 Milliarden Tonnen. Daraus lässt sich einfach der deutsche Anteil berechnen, indem man Deutschlands Anteil an der Weltbevölkerung zugrunde legt. Das sind 1,1 Prozent. Deutschland standen somit Anfang 2016 noch 5,5 Milliarden Tonnen an CO₂-Emissionen zu. Deutschland emittiert im Schnitt 800 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Ab Neujahr beläuft sich das deutsche CO₂-Budget daher auf nur noch 2,3 Milliarden Tonnen. Bei gleichbleibenden Emissionen wäre diese Restmenge in knapp drei Jahren aufgebraucht. Das müsse eigentlich auch die Bundesregierung wissen, schließlich habe sie einen Sachverständigenrat, der sie in Klimafragen berät. Heinrich Strößenreuther von der Initiative German Zero sagt daher: "Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend ihre Auffassung zu den Restmengen offenzulegen." Spätestens dann werde sich zeigen, dass die Bundesregierung mit ihrer Klimapolitik plant, das 1,5-Grad-Ziel zu verfehlen. German-Zero entwickelt nun detaillierte Pläne, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

7. Ende Januar sind (im Entwurfsstadium) Pläne der Kohlekommission für den Kohleausstieg bekannt geworden (siehe #54).

- Demnach geht es, erstens, darum, durch den Kohleausstieg in den kommenden Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der deutschen CO₂-Emissionen zu leisten.
- Es geht, zweitens, darum, den Strukturwandel in den deutschen Kohleregionen in den kommenden Jahrzehnten zu steuern - konkret: in der Lausitz sowie im Rheinischen und im Mitteldeutschen Revier, wo noch Zehntausende Jobs direkt oder indirekt an der Kohle hängen und wo ebenfalls Zehntausende Menschen durch den Tagebau ihr Zuhause zu verlieren drohen.
- Und es geht, drittens, darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland langfristig zu sichern. Die Stromversorgung der Industrienation Deutschland soll trotz Kohleausstiegs stabil und bezahlbar bleiben, und das Überleben der vom Kohleausstieg betroffenen Energiekonzerne soll gesichert werden.

Dabei zeigen sich allerdings **viele offene Fragen und Widersprüche** werden sichtbar: Im Jahr 2016 haben Deutschlands Kohlekraftwerke rund 256 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Im Entwurf zum Abschlussbericht der Kohlekommission heißt es, dass die Meiler im Jahr 2030 nur noch 84 bis 92 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen dürften, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Eine solch drastische CO₂-Minderung ließe sich nur erreichen, wenn in den kommenden zwölf Jahren deutlich mehr Kohlemeiler vom Netz gehen als bisher geplant. Experten gehen derzeit davon aus, dass 2030 noch Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 27 bis 34 Gigawatt am Netz sein werden. Nach Angaben der Kohlekommission dürften es aber nur noch 16 bis 20 Gigawatt sein, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Wie viele Kraftwerke wann genau zusätzlich vom Netz gehen, hat die Kommission noch nicht final ausgehandelt. An den entsprechenden Stellen stehen im Abschlussbericht bisher nur Angaben wie [xx].

Die vom Ausstieg betroffenen Energiekonzerne sollen für die Stilllegungen ihrer Kraftwerke entschädigt werden. Die Entschädigungen sollen "angemessen" sein und Stilllegungen bis 2030 einschließen, heißt es in dem Entwurf der Kommission. Je älter ein Kraftwerk ist, desto weniger soll gezahlt werden.

Diese Pläne – inzwischen ist es darüber zu Einigungen zwischen Bund und Ländern gekommen – werden **heftig kritisiert** (siehe #67 und #71). So verurteilen ehemalige Mitglieder der Kohlekommission, wie Felix Matthes vom Öko-Institut, den Fahrplan. Die Bundesregierung fahre den Kohlekompromiss gegen die Wand, schrieb Matthes auf Twitter. Von einer stetigen Minderung der Emissionen in den Jahren 2023 bis 2030 und einem substanziellen Zwischenschritt von zehn Millionen Tonnen im Jahr 2025, wie im ursprünglichen Bericht der Kohlekommission vorgesehen, könne keine Rede sein.

Damit, dass der Ausstiegspfad nicht kontinuierlich verläuft, sondern gedrängt in den 2030er Jahren – damit wiederhole die Regierung den Fehler vom Atomausstieg, wo am Ende sechs große Reaktoren binnen nur zwei Jahren vom Netz gehen sollen. Das erschwert den Umstieg auf neue Strukturen, die ein erneuerbares Energiesystem braucht.

Und es vergrößert die Klima-Hypothek unnötig. Die Emissionen, die in den zwanziger Jahren durch hohe Kohleanteile noch ausgestoßen werden, müssen danach umso brachialer herein geholt werden. Und dann wird das Ganze noch mit horrenden Entschädigungszahlungen an die Kohlebetreiber garniert. Sie seien in dieser Höhe nicht zu rechtfertigen. Es ist Geld der Steuerzahler, das in Strukturwandel, Energieeinsparung und Öko-Energien fließen sollte. Und dass der Hambacher Forst stehen bleibt, sei zwar gut, aber kein wirklicher Trost.

LITERATUR:

#01: <https://scilogs.spektrum.de/meerwissen/das-eis-das-meer-und-der-weltklimarat/>

#18: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/co2-vorgaben-der-eu-kommission-deutsche-industrie-gegen-ehrgeizige-plaene-a-1300671.html#ref=rss>

#18b: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/european-green-deal-wie-die-eu-zum-klimaschutz-kontinent-werden-will-a-1300723.html#ref=rss>

#20: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/green-deal-ursula-von-der-leyens-mondlandung-a-1300814.html#ref=rss>

#21: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-weicher-kompromiss-zum-klimaschutz-a-1301089.html#ref=rss>

#22: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/die-blockade-meister>

#23: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimakonferenz-in-madrid-droht-zu-scheitern-a-1301283.html#ref=rss>

#25: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/viele-ueberstunden-fuer-fast-gar-nich-ts>

#30: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/nachbesserungen-beim-klimapaket-die-klimaschuetzer-haben-sich-gegen-die-bremser-durchgesetzt-a-1301488.html#ref=rss>

#31: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/klimapaket-wer-profitiert-und-wer-nicht-a-1301713.html#ref=rss>

#33: <https://www.klimareporter.de/verkehr/stromer-besser-als-ihr-ruf>

#36: <https://www.klimareporter.de/deutschland/germanzero-will-deutschland-klimaneutral-machen>

#37: <https://www.klimareporter.de/deutschland/ein-studentakt-bis-ins-letzte-dorf>

#51: <https://www.klimareporter.de/europaische-union/wer-zahlt-das-eu-klimageld>

#54: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-so-soll-der-kohleausstieg-ablaufen-a-1249467.html#ref=rss>

#67: <https://www.klimareporter.de/strom/bund-und-laender-einigen-sich-auf-zeitplan>

#71: <https://www.klimareporter.de/deutschland/fehler-2-0>